

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 11.11.2014

- 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2014**

- 2 Beschlüsse**
 - 2.1 Subventionen 2014
 - 2.2 Zuweisung der Anträge der 163. Vollversammlung am 29.10.2014 →Austauschblatt
 - 2.3 Zusammensetzung des Ausschusses für Bauten und Investitionen
 - 2.4 Änderungen in den Fachausschüssen
 - 2.5 Zuwendung nach § 6 AKG – Lohnsteuerrechner für PensionistInnen
 - 2.6 Änderungen in den Ausschüssen

- 3 Berichte**
 - 3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske**

 - 3.2 Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.2.1 Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“
 - 3.2.2 Aktueller Bericht

 - 3.3 Beratung – Trenner**
 - 3.3.1 Arbeits- und Sozialrechtliche Tagung 2014
 - 3.3.2 Aktueller Bericht

 - 3.4 Bildung – Aschauer-Nagi**
 - 3.4.1 OECD „Bildung auf einen Blick 2014“
 - 3.4.2 Studie „Politische BildnerInnen in Wien 2014“
 - 3.4.3 Werksunterricht Neu
 - 3.4.4 GPA/ÖH-Studie „Studieren und Arbeiten“
 - 3.4.5 Fachkonzept Mobilität Wien
 - 3.4.6 Car-Sharing
 - 3.4.7 Wunschbank aus Sicht der KonsumentInnen
 - 3.4.8 Herkunftskennzeichnung bei Frischfleisch und Fleischwaren
 - 3.4.9 Aktueller Bericht

 - 3.5 information - Ficzko**
 - 3.5.1 IFAM Lounge „Strategische Prozesse verstehen und Einflussmöglichkeiten des Betriebsrats ausleuchten“
 - 3.5.2 Buch „Der Jahresabschluss im Wandel – Herausforderung der Bilanzierung aus Sicht relevanter Stakeholder“
 - 3.5.3 Aktueller Bericht

 - 3.6 Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Oktober 2014 →Tischvorlage
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Oktober 2014
 - 3.6.3 Teilpensionen
 - 3.6.4 Novelle zum Islamgesetz 1912 →Tischvorlage
 - 3.6.5 Veranstaltungen
 - 3.6.6 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Wettbewerbspakte ante portas?
- 3.7.2 Protokoll für soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen („Goldene Investitionsregel“)
- 3.7.3 EP friert erneut Haushalt für ExpertInnengruppen ein
- 3.7.4 Förderung von Atomstrom – Revirement der EU-Energiepolitik
- 3.7.5 Bekämpfung von Sozial- und Lohndumping im Rahmen des Vergaberechts
- 3.7.6 Bad Ischler Dialog 2014
- 3.7.7 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 11.11.2014 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2014

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2014.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 10.10.2014 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2014

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subvention für das Jahr 2014:

Nr	Antragsteller	gefördert 2013	neuer Antrag 2014	Beschluss
1	Arbeitskreis Dr Benedikt Kautsky	€ 2.000,00	€ 2.000,00	€ 2.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>		Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
				Ablehnung <input type="checkbox"/>

2.2 Zuweisung der Anträge der 163. Vollversammlung am 29.10.2014

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die dem Protokoll beiliegenden Zuweisungen der Anträge der 163. Vollversammlung am 29.10.2014

→ einstimmig angenommen

2.3 Zusammensetzung des Ausschusses für Bauten und Investitionen

1. Infolge des Ausscheidens von KR Renate Anderl aus dem Präsidium der AK Wien und von KR Gabriele Tamandl aus allen Funktionen, sind beide im Ausschuss für Bauten und Investitionen nachzubesetzen.
2. Die Fraktion FSG nominiert VP Renate Blauensteiner in den Ausschuss für Bauten und Investitionen.
3. Die Fraktion ÖAAB/FCG nominiert VM Thomas Rasch in den Ausschuss für Bauten und Investitionen.

Funktion	Mitglied	Fraktion
Vorsitzende(r)	VP Dr Dwora Stein	FSG
	Präs Rudolf Kaske	FSG
	VP Renate Blauensteiner	FSG
	VP Willibald Steinkellner	FSG
	VP Erich Kniezanrek	FSG
	Richard Suchl	FSG
Vors.-Stellvertreter(in)	Thomas Rasch	ÖAAB/FCG
	Ing Bernhard Rösch	FA
	Klaudia Paiha	AUGE/UG

→ einstimmig angenommen

2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Schuh-Leder (PRO-GE)

Vorsitzende neu
Angela SCHNEIDER-DERKITS

Vorsitzender ausgeschieden
Peter PEHAM

FA Privatkrankenanstalten (VIDA)

Kassier neu
Emil GRULA

Kassiererin ausgeschieden
Barbara SCHRÖDING

FA Soziale Dienste (VIDA)

Vorsitzender-Stv. neu
Roman GUTSCH

Vorsitzende-Stv. ausgeschieden
Brigitte GRUBER

→ einstimmig angenommen

2.5 Zuwendung nach § 6 AKG – Lohnsteuerrechner für PensionistInnen

Im Rahmen der „Lohnsteuer runter!“-Kampagne haben ÖGB und Arbeiterkammer gemeinsam den Lohnsteuerrechner entwickelt, um rasch den Vorteil des ÖGB-AK-Lohnsteuermodells individuell ausrechnen zu können.

Der ÖGB tritt mit der Bitte an die Arbeiterkammer heran, diesen Rechner auch für PensionistInnen zu erweitern, da die PensionistInnen sowohl in der Beratungstätigkeit, als auch bei der Unterstützung der Lohnsteuerkampagne eine wichtige Zielgruppe darstellen. Kosten 8.000 €

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt eine Zuwendung nach § 6 AKG – Lohnsteuerrechner für PensionistInnen in der Höhe von € 8.000,00.

→ einstimmig angenommen

2.6 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 2

**Angelegenheiten des
Öffentlichen Dienstes**

neues Ersatzmitglied	Denk Roswitha	FSG	bisher offen
----------------------	---------------	-----	--------------

Ausschuss 4

**Arbeitsmarktangelegenheiten
und Integration**

neues Ersatzmitglied	Mjka Gerald	FSG	anstelle Hartl Natascha
----------------------	-------------	-----	-------------------------

Ausschuss 6

Bildung und Kultur

neues Mitglied + AVorsStv	Reiter Peter	FSG	anstelle Puszar Christian
---------------------------	--------------	-----	---------------------------

Ausschuss 10

**Kommunal- und
Regionalpolitik**

neues Mitglied	Fetter Christian	FSG	anstelle Wertebach Miklos
----------------	------------------	-----	---------------------------

Ausschuss 11

**Konsumentenschutz und
Konsumentenpolitik**

neues Ersatzmitglied	Fetter Christian	FSG	anstelle Wertebach Miklos
neues Ersatzmitglied	Mjka Gerald	FSG	anstelle Hartl Natascha

Ausschuss 12

**Rechtsschutz und
Rechtsberatung**

neues Ersatzmitglied	Fetter Christian	FSG	anstelle Wertebach Miklos
----------------------	------------------	-----	---------------------------

Ausschuss 13
Sozialversicherung und
Gesundheitspolitik
neues Ersatzmitglied

Reiter Peter

FSG anstelle Puszar Christian

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Einleitend geht **Kaske** auf die Ankündigung des neuen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker ein, der „einen neuen Start in Europa“ zusammen mit einem 300 Milliarden Paket ankündigte. Es wird sich nun weisen - wie der AK-Präsident kritisch anmerkt - ob und woher diese 300 Milliarden kommen werden. Entscheidend ist für ihn nicht die Ankündigung, sondern vielmehr die effiziente Durchsetzung. Man darf deshalb auf den EU Rat am 18.12. durchaus gespannt sein. Die BAK hat zehn klare Forderungen an die neue Europäische Kommission gestellt, die vom Präsidenten referiert werden:

- 1) Die Haushaltspolitik der EU an den Kernzielen der Europa-2020-Strategie ausrichten
- 2) Die Macht der Banken und Finanzen einschränken
- 3) Für einen Sozialpakt: Die soziale Krise stoppen und Europas Jugend eine Zukunft geben
- 4) Mit öffentlichen Mitteln in die soziale und ökologische Infrastruktur investieren und nachhaltige Industriepolitik ermöglichen
- 5) Einkommen und Vermögen zur Förderung der Binnennachfrage umverteilen
- 6) Den Binnenmarkt an den Interessen der Menschen ausrichten und öffentliche Dienstleistungen stärken
- 7) Solidarität und Zusammenhalt unter den Menschen in Europa stärken
- 8) Die Interessen der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in der Handelspolitik berücksichtigen
- 9) Die Macht der Wirtschaftslobbys brechen und politische Interessen sichtbar machen
- 10) Die EU und ihre Entscheidungen demokratischer und partizipativer gestalten

(Anmerkung: Die 10 Leitlinien und Forderungen der AK an die neue EU-Kommission sind unter http://www.akeuropa.eu/includes/mods/akeu/docs/main_report_de_352.pdf abrufbar.)

Kaske erinnert, dass im jährlich erstellten Standort-Ranking der Weltbank über die "Wirtschaftsfreundlichkeit" mit dem Titel "Doing Business" Österreich heuer den 21. Platz von 189 Ländern belegt, was gar nicht so schlecht ist. Zu erwähnen ist auch, dass Ende Oktober mehr als 50 Länder einen Pakt für mehr Austausch von Konten-Informationen geschlossen haben. Damit soll Steuerhinterziehung deutlich schwieriger werden. Ab 2017 wollen sie automatisch Daten über Konten von Ausländern bei ihren Banken mit deren Heimatländern austauschen. Vertreter von 51 Regierungen, darunter alle Staaten der Europäischen Union, unterzeichneten auf einer internationalen Steuerkonferenz in Berlin eine entsprechende Vereinbarung. Mehr als ein Dutzend weitere Staaten haben bereits signalisiert, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt folgen wollen. Erfreulich ist auch festzustellen, dass die Steuereinnahmen in Österreich 2014 trotz des deutlich schwächeren Wirtschaftswachstums bisher im Plan liegen. Für die ersten neun Monate meldet das Finanzministerium im Internet Einnahmen von 56,36 Mrd. Euro. Das Plus von 3,9 Prozent entspricht dem für das Gesamtjahr erwarteten Wert. Die Ankündigung der Regierung, dass das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping verschärft werden soll, ist ein Erfolg der ArbeitnehmerInnen-Organisationen, die das immer wieder gefordert haben. Wichtig ist jedoch in diesem Zusammenhang eine Aufstockung der Finanzpolizei zur Kontrolle des Lohn- und Sozialbetrugs.

Nachdem die Mieten weiterhin steigen, Wohnen wieder leistbar sein muss, ist - wie **Kaske** ausführt - ein großes Mietrechtspaket unerlässlich. Konkret verlangt die AK vor allem Mietzinsobergrenzen, Abschaffung der Befristungen und die Begleichung der Maklergebühren durch die Vermieter und nicht durch die MieterInnen. Im Übrigen sollen die Länder die vom Bund in Aussicht gestellten Wohnbaugelder auch abholen, zumal mehr geförderter Wohnbau mehr leistbare Wohnungen und mehr Arbeitsplätze bedeutet, was wiederum die Wirtschaft ankurbelt.

Der Präsident gratuliert den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp zum erfolgten Abschluss eines einheitlichen Kollektivvertrages und eines einheitlichen Lohn- und Gehaltsabschlusses für alle 180.000 Beschäftigten der Metallindustrie.

Zur fortdauernden Diskussion über die Ladenöffnungszeiten in Wien merkt **Kaske** an, dass eine etwaige Ausweitung der Öffnungszeiten die KonsumentInnen mit höheren Preisen zu bezahlen hätten.

Der Präsident informiert, dass von Mittwoch den 12.11. bis Samstag, den 15.11. wieder die AK Berufsorientierungsmesse L14 im Bildungszentrum der AK stattfindet, zu der wieder tausende Jugendliche und Eltern erwartet werden. Abschließend erwähnt der Präsident die mit Unterstützung der AK im Wien Museum gestaltete Ausstellung über Mira Lobe (1913-1995), die zu den bedeutendsten Kinder- und Jugendbuchautorinnen des 20. Jahrhunderts zählt und insgesamt rund 100 Bücher, die in 30 Sprachen übersetzt wurden, veröffentlicht hat.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors – Kundtner (i.V. Muhm)

Kundtner entschuldigt **Muhm** und informiert mit Verweis auf die den Vorstandsmitgliedern zugewandene Unterlage auf die Überlassung der Erstausgabe des Buches „Die Arbeitslosen von Marienthal“ an die Bibliothek der AK Wien durch die Universität Konstanz. Bekanntlich wurde die weltweit bekannte einzigartige soziografische Studie von Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld mit Unterstützung der Arbeiterkammer anfangs der Dreißiger Jahre des 20. Jh. erstellt. Damit fand eine wertvolle Arbeit den Weg zurück in die AK Wien.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet über die diesjährige arbeits- und sozialrechtliche Tagung, die am 15.10.2014 im Bildungszentrum der AK Wien abgehalten wurde. Die Tagung widmete sich dem Thema „Wie viel Arbeit verträgt der Mensch? Entgrenzte Arbeit und ihre Folgen“. Die Veranstaltung war mit mehr als 220 TeilnehmerInnen äußerst gut besucht. Richter des Obersten Gerichtshofes, Richter des Oberlandesgerichts Wien, die Präsidentin des Arbeits- und Sozialgerichts Wien sowie weitere RichterInnen des Arbeits- und Sozialgerichts Wien waren bei der Tagung erschienen. Weiters waren VertreterInnen des BMASK, der IEF-Service GmbH, der Finanzprokuratur, des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und der Gleichbehandlungsanwaltschaft bei der Tagung anwesend. Erfreulich war auch die zahlreiche Teilnahme von VertragsanwältInnen, VertreterInnen der Länderkammern und Gewerkschaften sowie MitarbeiterInnen des Hauses. Die Beiträge des arbeitsrechtlichen Teils der Tagung (die präsentierten Foliensätze befinden sich in den Unterlagen) befassten sich mit der in den letzten Jahrzehnten stark veränderten Arbeitsrealität, in welcher die Grenzen der Arbeitsleistung sowohl in zeitlicher als auch in örtlicher Hinsicht verschwimmen. Moderne Informationstechnologien bewirken, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft oftmals auch nach „Dienstschluss“, während des Urlaubs oder sogar des Krankenstandes und außerhalb des Betriebes zur Verfügung stellen. Zeiträume, die ausschließlich der Erholung dienen, werden zur Ausnahme. Neben der körperlichen Belastung ist in vielen Bereichen eine stärkere psychische Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getreten.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl präsentiert einige für das österreichische Bildungssystem charakteristische Resultate aus dem wie stets sehr umfangreichen vorgelegten Datenmaterial der OECD unter dem Titel „Bildung auf einen Blick“. Sie erwähnt besonders den festgestellten "Gendergap zu Lasten der Frauen". Im OECD-Durchschnitt erreichen rund 40 % der 25- bis 64-jährigen Erwachsenen in der OECD einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern, in Österreich sind diese unter 30 %. Während jedoch bei den 25- bis 64-jährigen im OECD-Trend Frauen häufiger als Männer einen höheren Bildungsabschluss erreichen als ihre Eltern, ist dies in Österreich gerade umgekehrt: In Österreich schaffen nur 25 % der Frauen einen höheren Schulabschluss als ihre Eltern, während es bei den Männern 33 % sind. Aber betrachtet man die Gruppe der 25- bis 34-jährigen sieht das Ergebnis anders aus: In der Gruppe der 25- bis 34-jährigen erreichen gleichermaßen 21 % der Frauen und 21 % der Männer einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern.

Aus der Studie „Politische BildnerInnen in Wien 2014“, die von der Arbeiterkammer Wien beauftragt in Kooperation mit dem Zentrum für Politische Bildung an der PH Wien und von SORA durchgeführt wurde ergibt sich unter anderem, dass sich LehrerInnen mehr Unterstützung für die "Politische Bildung" wünschen, dem in Zukunft von "Arbeitswelt und Schule" auch Rechnung getragen wird. (siehe

[http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/bildung/Politische BildnerInnen 2014 Langfassung.pdf](http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/bildung/Politische_BildnerInnen_2014_Langfassung.pdf)). Im Sommer 2014 wurde ein von den Sozialpartnern erstelltes Diskussionspapier „Werkunterricht Neu“, in dem es um die Umsetzung der Zusammenführung von textilem und technischem Werken geht, an Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek übermittelt. Der Forderung nach Installierung einer ministeriellen Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der Sozialpartner wird - wie nun berichtet werden kann - Rechnung getragen. Als Ergebnis einer Umfrage der GPA-djp-Jugend sowie der Österreichischen Hochschülerschaft werden u.a. eine Erhöhung der Beihilfen zur sozialen Absicherung der Studierenden, erwerbsfreundliche Rahmenbedingungen an den Hochschulen, die Notwendigkeit einer Offensive zur Schaffung von leistbaren studentischen Wohnraum sowie einen erhöhten Informationsbedarf über Arbeitsrecht für Studierende gefordert. Die Forderungen entsprechen - wie die Bereichsleiterin mitteilt - den Zielen der Arbeiterkammer.

Bezüglich Kommunales verweist **Aschauer-Nagl** auf die beiden instruktiven Unterlagen, die beide die Causa "Mobilität" behandeln. An konsumentenpolitischen Aktivitäten sind die Befragung von Konsumenten bezüglich ihrer "Wunschbank" zu erwähnen, aus der einmal mehr hervorgeht, dass die KonsumentInnen großen Wert auf eine persönliche Beratung legen, und die Forderungen der AK bezüglich der Herkunftskennzeichnung von Fleisch in Fleischwaren ([http://wien.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/essenundtrinken/Woher kommt mein Fleisch.html](http://wien.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/essenundtrinken/Woher_kommt_mein_Fleisch.html)) zu erwähnen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzko

Ficzko verweist einleitend auf die am 6. Oktober 2014 in der Bibliothek der AK Wien mit rd. 60 TeilnehmerInnen von der Abt. Betriebswirtschaft durchgeführte IFAM Lounge „Strategische Prozesse verstehen und Einflussmöglichkeiten des Betriebsrats ausleuchten“, wo es um die Kenntnis und die Beeinflussung strategischer Prozesse ging. Weiters ist auf das von Heinz Leitsmüller und Alice Niklas herausgegebene Buch „Der Jahresabschluss im Wandel – Herausforderung der Bilanzierung aus

Sicht relevanter Stakeholder“ zu verweisen, welches sich an ExpertInnen aus Gewerkschaften, Kammern, Universitäten, Finanzmarktaufsicht, Wirtschaftsprüfung, Gläubigerschutzverbänden, Wissenschaft, DGB und Böckler Stiftung richtet. Der Bereichsleiter erwähnt sodann in seinem mündlichen Bericht die hohe Qualität der Berufswettbewerbe, den Beginn der Ausschreibung zur BRAK, die Aufnahmegespräche zur SOZAK im Jänner 2015, den Beitrag von SOZAK und BRAK zur "Lohnsteuer runter"-Kampagne des ÖGB und die weitere Betreuung der rd. 3500 Wahlkontaktpersonen u.a. durch Einladung zu Aufführungen des Volkstheaters. Kaske ergänzt, dass auch die Jubilarehrungen sehr gut ankommen, wie Dankeschreiben zeigen.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner erinnert, dass im Regierungsprogramm die Einführung einer Teilpension vereinbart ist. Ab der Erreichung des Antrittsalters für die Korridor pension (bzw. Langzeitversichertenpension oder vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer) besteht die Möglichkeit, eine Teilpension zu beziehen, wenn die Arbeitszeit bzw. das Einkommen um zumindest 30 % reduziert wird. Das Modell wird versicherungsmathematisch neutral gestaltet und zielt auf einen längeren Verbleib in Beschäftigung ab. Auf Grund dieser Vereinbarung wird vom BMASK in Abstimmung mit AK und ÖGB ein Teilpensionsmodell entwickelt, das grundsätzlich den Vorgaben des Regierungsprogramms entspricht und auf einem Einkommensmodell (Verringerung des Einkommens) beruht, um auch bei Selbständigen eine Teilpensionsregelung zu ermöglichen. Die Möglichkeit eine Teilpension in Anspruch zu nehmen, soll für alle vorzeitigen Alterspensionen (auch für die Schwerarbeitspension) bestehen. Typischerweise ist damit eine Teilpension vom 62. bis zum 65. Lebensjahr möglich (Korridor pension, Langzeitversichertenregelung), bei den Schwerarbeitspensionen ist theoretisch eine Teilpension für einen Zeitraum von fünf Jahren denkbar; bei Männern vom 60. bis 65. und bei Frauen von 55. bis 60. Zudem soll auch für Frauen die Möglichkeit bestehen, bei den für sie auslaufenden vorzeitigen Alterspensionen eine Teilpension bis zum 60. Lebensjahr in Anspruch zu nehmen. Mit dem bestehenden Entwurf für eine Teilpension besteht für Versicherte eine attraktive Möglichkeit bei Reduktion der Arbeitszeit oder des Einkommens in die Pension zu gleiten, ohne dass damit eine beträchtliche Reduktion des laufenden Einkommens verbunden ist. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass parallel dazu für Arbeitgeber und Versicherte mit der Altersteilzeit eine günstigere Möglichkeit besteht. Das Ausmaß der Inanspruchnahme ist daher schwer abzuschätzen, aber eher vorsichtig anzusetzen.

Weiters verweist die stellvertretende Direktorin auf die Unterlage über die Novelle zum Islamgesetz 1912. Die Begutachtungsfrist für das Islam-Gesetz hat am 7.11.2014 geendet. Wie die mediale Diskussion zeigt ist aufgrund der stark auseinandergelassenen Meinungen derzeit nicht abzuschätzen, wie sich der Prozess weiter entwickeln wird. Abschließend informiert Kundtner über die heute stattfindende Sitzung des Verwaltungsrates des AMS.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek informiert eingangs, dass die infolge von Protesten von AK, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft einst aufgeschobenen EU-"Wettbewerbspakte" (bzgl. Leistungsfähigkeit der Arbeits- und Gütermärkte, Effizienz des öffentlichen Sektors, Forschung und Innovation, allgemeine und berufliche Bildung sowie Beschäftigung und soziale Inklusion) erneut in Verhandlung kommen könnten. Dies würde im Endeffekt einen stärkeren Durchgriff der Kommission auf soziale

Sicherungssysteme (etwa Frauenpensionsalter, Mietrechtsliberalisierung etc.) bedeuten. Die AK hat bereits im Vorfeld des Europäischen Rates vom Oktober 2014 begonnen mit Artikeln in den AK-Medien, Interventionen gegenüber dem Bundeskanzleramt (Brief an den Bundeskanzler, Stellungnahmen auf BeamtInnenebene, Teilnahme an entsprechenden Arbeitssitzungen) und entsprechender Pressearbeit die Gefahr der Vorbereitung von Wettbewerbspakten zu kommunizieren. Sollte sich die Wahrscheinlichkeit einer Beschlussfassung beim Europäischen Rat im Dezember verdichten, wird die AK die Maßnahmen intensivieren.

Aus Sicht der AK sind die derzeitigen, zu restriktiven Fiskalregeln der EU abzulehnen, es braucht vielmehr eine Bestimmung, wonach bestimmte öffentliche Investitionen von der Defizitberechnung ausgenommen werden („Goldene Investitionsregel“) und dementsprechende europäische und nationale Investitionsprogramme. Dies könnte durch ein Protokoll für soziale und ökologische Investitionen erreicht werden, das in einem ersten Schritt als politische Erklärung beschlossen und in einem zweiten Schritt im Primärrechtsrang festgeschrieben werden sollte, sodass Zukunftsinvestitionen weder in die Berechnung des strukturellen Defizits noch in jene des Defizits im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eingehen. Damit würden die Mitgliedstaaten zu einer weniger beschäftigungsfeindlichen Haushaltspolitik gezwungen, sie könnten gesamtwirtschaftlich wertvolle sozial-ökologische Investitionen tätigen und so das Potential der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung stärken. Die AK wird weiter zusammen mit dem ÖGB daran arbeiten die Machbarkeit eines Protokolls für soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen in ökonomischer und rechtlicher Hinsicht aufzuzeigen.

Kubitschek betont, dass die AK für eine gleichberechtigte, sozialpartnerschaftlich orientierte Beteiligung am politischen Prozess in der EU eintritt. Die einseitige strukturelle Bevorzugung von Wirtschaftsinteressen in der europäischen Politik ist daher fortwährend zu thematisieren und letztlich zu bekämpfen. Aus diesem Grund vertritt die AK im Hinblick auf ExpertInnengruppen der Kommission auch die gleichen Kernforderungen wie das Europäische Parlament. Um dem Gleichgewicht Rechnung zu tragen, bewirbt sich die AK in geeigneten Fällen auch um Mitgliedschaften in Beratungsgremien der EU-Organen. Derzeit ist die AK ua in der Stakeholdergruppe für die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Paris, der Financial Services User Group oder dem European Crowdfunding Stakeholder Forum vertreten. Beantragt, jedoch abgelehnt wurde eine Mitgliedschaft in der Tax good governance Plattform im Jahre 2013. Die AK wird dieser Causa weiterhin höchste Priorität zur Herstellung eines sozialpartnerschaftlichen Gleichgewichts einräumen.

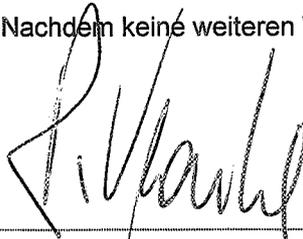
Über die Förderung von Atomstrom durch staatliche Beihilfen hat die AK eine negative Stellungnahme abgegeben. Auch die Republik Österreich hat sich ebenso an dem Beihilfen-Verfahren der EU-Kommission beteiligt, wobei die Bedenken der AK in weiten Teilen übernommen wurden. Die österreichische Bundesregierung erwägt, eine Nichtigkeitsbeschwerde beim EuGH einzubringen.

Abschließend verweist die Bereichsleiterin auf die instruktive Unterlage über die Bekämpfung von Sozial- und Lohndumping im Rahmen des Vergaberechts und den erfolgreichen Bad Ischler Dialog 2014.

→ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** die Sitzung um 13:05 Uhr.



Der Präsident



Die Direktorin-Stv



Protokoll

Zuweisungsverzeichnis - Anträge an die 163. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungsergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	DR01	Lohnsteuerreform: Jetzt ist die Regierung dran	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
FSG	DR02	Nein zur weiteren Verbetrieblichung der Arbeitszeitregelungen	Annahme mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	DR01	ArbeitnehmerInnen dringend entlasten	Zuweisung mehrheitlich	
FSG	1	Ein starker Sozialstaat - Garant für sozialen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Erfolg	Annahme mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	2	Keine unfaire Vertragsgestaltung auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen	Annahme einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	3	Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 189 - Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte	Annahme mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	5	EU-Arbeitslosenversicherung (EU-ALV): AK fordert verbesserte Unterstützungsleistungen für Arbeitslose. Eine EU-ALV darf jedoch nicht zum Vorwand für Leistungskürzungen, Kürzungen der ALV- oder Arbeitsmarktmittel auf nationaler Ebene oder zu EU-Transferleistungen, finanziert durch AN-Beiträge, missbraucht werden.	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	6	Ausbildungsreform in der Pflege	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	7	Rechtssicherheit für ArbeitnehmerInnen bei Whistleblowing	Annahme mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtsberatung
FSG	8	Laienbeteiligung an der Rechtsmittelüberprüfung der Entscheidungen des Bundeseinigungsamtes und der Schlichtungsstelle	Annahme einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	10	Aktive Industriepolitik für Beschäftigung und Wachstum	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FSG	11	Für eine aktive Industriepolitik - gegen weitere Privatisierungen	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FSG	12	Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
FSG	13	Die Europäische Union auf den richtigen Weg bringen – die Chance für den Neustart nutzen	Annahme mehrheitlich	EU und Internationales
FSG	15	Grundangebot im öffentlichen Verkehr muss sich an den Mobilitätsbedürfnissen der ArbeitnehmerInnen orientieren	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
FSG	16	Ausbau der gebührenfreien Basisbildung für Erwachsene	Annahme einstimmig	Bildung und Kultur
FSG	17	Recht statt Pflicht für Jugendliche: Umsetzung der Ausbildungspflicht als Recht auf Ausbildung bis 18 durch Bereitstellung ausreichender, passender und qualitätsvoller Angebote	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	18	MedizinstudentInnen, die während der Ausbildung fachanschlägig arbeiten, sind im Rahmen ihres Pflichtpraktikums voll arbeits- und sozialrechtlich abzusichern und entsprechend zu entlohnen.	Annahme einstimmig	Bildung und Kultur

Zuweisungsverzeichnis - Anträge an die 163. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungsergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	19	Leitantrag „Wien wächst“	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	20	Junge Menschen in Wien	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	21	Bußgelder des Kartellgerichtes für den Verein für Konsumenteninformation	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	22	Verbraucherfreundliche Umsetzung der Wohnimmobilienkredit-Richtlinie	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	23	Safe Harbor soll ausgesetzt werden	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FSG	25	Öffentliche Auftraggeber: Vorreiter bei der Bekämpfung von Sozialbetrug und von Sozial- und Lohndumping	Annahme einstimmig	Wirtschaftspolitik
FSG	26	Entlohnung für Praktika	Annahme einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	2	Kollektivvertragliche Bezahlung aller Beschäftigten der Firma FEIBRA als 100% Tochtergesellschaft der Österreichischen Post AG, gem. Postmarktgesetzes (PMG) 2009	Zuweisung einstimmig	Verkehr und Tourismus
ÖAAB/FCG	3	Einheitliche Qualitätsstandards für Tagesmütter / -väter	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
ÖAAB/FCG	5	Erhöhung und Indexanpassung des amtlichen Kilometer-Geldes	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	7	Erhöhung und Indexanpassung der Tages- und Nachtgelder für Dienstreisen	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	10	Einführung einer Entfernungsgrenze für Paketzusteller	Zuweisung einstimmig	Verkehr und Tourismus
ÖAAB/FCG	15	Aufhebung des Wiener Valorisierungsgesetzes	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
ÖAAB/FCG	16	Eintreibung von einbringlichen Steuerschulden vorantreiben	Annahme einstimmig	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	17	Parkgebühren aus Kilometergeldregelung herausnehmen	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
FA	1	Abschaffung der Sanktionsprüfung §11 ALVG bei Lösung Dienstverhältnis in Probezeit	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FA	2	AMS Kurse nicht als Spekulationsobjekte missbrauchen	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FA	3	gegen AMS Budgetkürzungen	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FA	5	Hauptberufliche Berufsvertreter	Zuweisung mehrheitlich	Vorstand
FA	7	keine Lohnzahlungen unter das Existenzminimum	Zuweisung einstimmig	Angelegenheiten des Öffentlichen Dienstes

Zuweisungsverzeichnis - Anträge an die 163. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungsergebnis	Ausschusszuweisung
FA	8	mehr Personal für den KAV	Annahme mehrheitlich	Angelegenheiten des Öffentlichen Dienstes
FA	10	rückwirkende korrekte Lohnzetteln	Zuweisung mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	11	Schutz vor Legionellen	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
AUGE/UG	1	Keine Steuerreform auf Kosten von Beschäftigung und Sozialer Sicherheit - Ausreichende Gegenfinanzierung über Vermögenssteuern sicherstellen!	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
AUGE/UG	3	Urlaubsanspruch bei Erwerbsarbeitslosigkeit	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	4	Keine Einschränkung der Mitbestimmungsrechte von BetriebsrätInnen in Theaterunternehmen	Annahme einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	5	Keine Verschlechterung in der Arbeitslosenversicherung für Präsenzdiener etc.	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	6	Rücknahme der Verschlechterung für behinderte Menschen beim Rehabilitationsgeld	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
AUGE/UG	7	Zugang zu Pflegegeld nicht erschweren!	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
AUGE/UG	8	Die künftige Zusammenarbeit von Medizin und Pflege im KAV muss fair und solidarisch geregelt werden!	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
AUGE/UG	9	Geschlechtergerecht formulierte Anträge	Zuweisung mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
AUGE/UG	11	Reduktion von 3 auf 2 SanitäterInnen, am Rettungswagen, bei der Wiener Berufsrettung.	Zuweisung einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	12	Keine Beschränkung der Kostenübernahme bei Psychotherapie	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
AUGE/UG	14	Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
GA	R 01	AKW Hinkley Point	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
GA	1	Nein zum CETA Vertrag	Zuweisung einstimmig	EU und Internationales
GA	4	Bessere Wiedereingliederung nach langem Krankenstand	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
GA	8	Akut-Pflegebetten	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik

Zuweisungsverzeichnis - Anträge an die 163. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungsergebnis	Ausschusszuweisung
GA	10	Deklaration agrarischer Produkte	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
GA	11	Mikroplastik im Trinkwasser und Kosmetika	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
GA	20	Zustimmung des BR zur Kündigung	Zuweisung mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GA	21	Keine schädlichen Chemikalien bei körpernahen Textilien	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
LP	1	Doppelstaatsbürgerschaft kein Tabu	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
LP	2	Weiterbezug des Arbeitslosengeldes während Auslandsaufenthaltes	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
LP	3	Zur Frage der Zulässigkeit von Inkassokosten – Rechtmäßig oder Abzocke?	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
LP	4	Mehr Transparenz bei Lebensmittelzusatzstoffen – insbesondere Gelliermittel und Emulgatoren	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
LP	5	Verhinderung von Diskriminierung und Mobbing von Hilfsarbeitskräften	Zuweisung einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
LP	6	Zu lange Verfahrensdauer bei der Erledigung von Anträgen und Beschwerden	Zuweisung mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtsberatung
LP	7	Islamgesetz	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
ARGE	1	Neue Regelung in der Pensionsberechnung für freiwillige Höherversicherung	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
GLB	1	Wiener Linien - tätliche Übergriffe	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
GLB	5	Lohnnebenkosten - Wertschöpfung	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
GLB	7	Bedarfsorientierte Mindestsicherung	Zuweisung mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
KOMINTERN	2	Nein zum 12-Stunden-Arbeitstag	Zuweisung einstimmig	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
BDFA	2	AL - Urlaub im Ausland	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
BDFA	3	ArbeitnehmerInnenrechte	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
Gem. Resolution	1	Für eine zeitgemäße Sozialarbeit im 21. Jahrhundert – Problemlösungskompetenz statt Problemadministration	Annahme mehrheitlich	Allgemeine Sozialpolitik, Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik